

Ausländisches Wirtschaftsrecht

## Dienstleistungen erbringen in Vietnam

**Der aktualisierte Länderbericht Vietnam der GTAI-Reihe "Dienstleistungen erbringen in ..." bietet Ihnen einen Überblick rund um das Thema Entsendung von Mitarbeitern.**

07.02.2020

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

### Geschäftschancen in Vietnam

**Die Erbringung von Dienstleistungen in Vietnam wirft komplexe Fragen auf. Verschaffen Sie sich zunächst einen Überblick über die Marktsituation.**

- ▶ Allgemeines
- ▶ Regulierung des Dienstleistungsbereichs
- ▶ Fachkräftemangel
- ▶ Behördlicher Aufwand
- ▶ Korruption
- ▶ Freihandelsabkommen

### Allgemeines

Vietnam gewinnt auch unter deutschen Dienstleistern an Interesse. Angesichts einer noch unterentwickelten Infrastruktur investieren der vietnamesische Staat und seine Gebietskörperschaften verstärkt in den Ausbau von Straßen-, Schienen- und sonstigen öffentlichen Personennahverkehrsnetzen sowie in die Bereiche der Energiegewinnung und Umwelttechnik (Klärwerke, Abfallbeseitigung). In vielen Bereichen ist Vietnam hierbei auf ausländische Technik, Knowhow und Beratung angewiesen.

Auch profitiert das Land nicht zuletzt von den steigenden Produktionskosten in der VR China, die Investoren zwingen, alternative kostengünstigere Produktionsstandorte zu erschließen. In Folge dessen kommt es in Vietnam zum vermehrten Aufbau von Produktionsstätten und damit zu einer wachsenden Nachfrage an insbesondere baunahen Dienstleistungen (z.B. Bau-, Transport-, Installations- und Ingenieursdienstleistungen).

Die Erbringung von Dienstleistungen in Vietnam wirft komplexe Fragen investitions-, steuer- und entsenderechtlicher Art auf. Dies gilt umso mehr, als dass Vietnam ein System der „sozialistischen Marktwirtschaft“ praktiziert, welches von den aus Deutschland oder Europa bekannten Strukturen wesentlich abweicht. Dieses System ist insbesondere geprägt durch einen starken Einfluss der Kommunistischen Partei.

### Regulierung des Dienstleistungsbereichs

In rechtlicher Hinsicht erschwert eine Vielzahl an kaum überschaubaren und teils widersprüchlichen Regelungen die Umsetzung bestehender, grundsätzlich moderner gesetzlicher Grundlagen. Zudem ist insbesondere der Dienstleistungsbereich in Vietnam immer noch relativ stark reguliert.

## Fachkräftemangel

Sollen Projekte in Vietnam ausgeführt werden, ist regelmäßig die Eröffnung eines Projektbüros und die Entsendung ausländischen Fachpersonals erforderlich. Insbesondere der Mangel an vietnamesischen Fachkräften erfordert eine intensive Schulung vietnamesischer Mitarbeiter, die ausländische Unternehmen regelmäßig selber übernehmen müssen. Allerdings unterstützen die [deutschen Auslandshandelskammern](#) in Ho Chi Minh City und Hanoi die Einführung dualer Berufsausbildungsmodelle.

## Behördlicher Aufwand

Ob ein Projekt zeitnah umgesetzt wird und viel oder wenig behördlicher Aufwand zu betreiben ist, ist nicht zuletzt abhängig davon, wie viel Interesse auf Seiten der vietnamesischen Regierung am jeweiligen Projekt besteht. So konnte beispielsweise das von zwei deutschen Unternehmen geplante und betreute National Convention Centre innerhalb von nur drei Jahren fertiggestellt werden. Andere Projekte hingegen können sich hinziehen, insbesondere wenn die Finanzierung auf wackligen Füßen steht.

## Korruption

Korruption ist nach wie vor ein brennendes Thema in Vietnam. Der aktuelle Transparency International Index 2018 setzt Vietnam auf einen wenig ruhmreichen Rang 117 von 180 Ländern. Insbesondere die Alltagskorruption ist allgegenwärtig. Deutsche Unternehmen aber verfolgen eine strenge Anti-Korruptionspolitik und verlangen dies auch von ihren Mitarbeitern.

## Freihandelsabkommen

Das Freihandelsabkommen zwischen Vietnam und der Europäischen Union (EUVFTA), über das die Verhandlungen bereits 2015 beendet waren, wurde am 30. Juni 2019 in Hanoi unterzeichnet und wird nach Abschluss des Ratifizierungsverfahrens voraussichtlich im Mai 2020 in Kraft treten (abrufbar unter <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1437>). Das neue Abkommen sieht insbesondere einen erleichterten Marktzugang für europäische Dienstleistungserbringer sowie die Gewährleistung der Teilnahme europäischer Bieter an vietnamesischen Ausschreibungen vor. Vietnam hat den WTO Government Procurement Act nicht unterzeichnet, verfügt jedoch seit 2012 über einen Beobachterstatus.

Das Handelsabkommen Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) trat am 14. Januar 2019 für Vietnam in Kraft.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Einreise und Aufenthalt in Vietnam

**Wesentliche Rechtsgrundlage für Einreise und Aufenthalt in Vietnam ist das *Law on Entry, Exit, Transit and Residence of Foreigners*.**

- ▶ [Visum](#)
- ▶ [Visa-Waiver-Programm](#)
- ▶ [E-Visum](#)
- ▶ [Geschäftsvisum](#)
- ▶ [Arbeitserlaubnis](#)

## Visum

Für die Einreise nach Vietnam benötigt grundsätzlich jeder Ausländer ein gültiges Visum, das bei der zuständigen vietnamesischen Auslandsvertretung (z.B. Botschaft in Berlin oder Generalkonsulat in Frankfurt am Main) beantragt werden kann. Die Bearbeitungszeit für ein Touristenvisum beträgt etwa eine Woche. Folgende Unterlagen sind regelmäßig erforderlich: Reisepass (der mindestens sechs Monate über die Visumsgültigkeit hinaus gültig sein muss), ein ausgefülltes amtliches Antragsformular und ein aktuelles Passfoto.

## Visa-Waiver-Programm

Deutsche Staatsbürger können im Rahmen des Visa-Waiver-Programms für einen Zeitraum von bis zu 15 Tagen visumfrei zu Geschäfts- und touristischen Zwecken nach Vietnam einreisen.

Diese Möglichkeit besteht derzeit mindestens bis zum 30. Juni 2021. Über eine darüber hinausgehende Verlängerung der Visumbefreiung liegen bisher keine Informationen vor. Nach Ablauf der 15 Tage müssen ohne Visum eingereiste Personen grundsätzlich das Land verlassen und dürfen vor Ablauf neuerlicher 30 Tage nicht erneut visumfrei einreisen.

## E-Visum

Bis zum 31. Januar 2021 kann ein sogenanntes e-Visum (elektronisches Visum) für die einmalige Einreise und für maximal 30 Tage beantragt werden.

## Geschäftsvisum

Visa für Investoren und Geschäftsreisende sind für die Dauer von bis zu einem Jahr möglich. Für diesen Personenkreis ist auch nach Einreise die Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis von bis zu drei Jahren zulässig. Die Erteilung eines Geschäftsvisums (für Geschäftsreisen, Dienstreisen und Studienaufenthalte) für einen 15 Tage übersteigenden Zeitraum setzt voraus, dass der Reisende einen vietnamesischen Geschäftspartner benennen kann, der eine Einreisegenehmigung bei der örtlich zuständigen Behörde in Vietnam beantragt. Erst wenn eine solche Einreisegenehmigung mit entsprechender Referenznummer vorliegt, kann ein Visum bei der vietnamesischen Botschaft in Deutschland beantragt werden. Soweit der Geschäftsreisende noch keinen Geschäftspartner in Vietnam hat, ist vorläufig eine Einreise mit Touristenvisum möglich.

Soweit der Geschäftsreisende noch keinen Geschäftspartner in Vietnam hat, kann gegebenenfalls die Auslandshandelskammer in Ho Chi Minh City oder Hanoi mit der Ausstellung eines Einladungsschreibens und der Beantragung einer Einreisegenehmigung weiterhelfen.

## Arbeitserlaubnis

Grundsätzlich benötigen ausländische Arbeitnehmer in Vietnam eine Arbeitserlaubnis/Arbeitsgenehmigung (Work Permit) ab einem Aufenthalt von über drei Monaten (bei bis zu drei Monaten Geschäftsvisum ausreichend).

Seit dem 1. April 2016 („Decree No. 11/2016/ND-CP vom 3.2.2016 on guiding some Articles of the Labor Code on foreign workers in Vietnam“) benötigt ein qualifizierter ausländischer Arbeitnehmer keine Arbeitserlaubnis mehr, wenn er über einen Bachelorabschluss verfügt und seit mindestens drei Jahren als Experte, Manager oder in einem technischen Beruf für ein ausländisches Unternehmen tätig war. Nach Art. 7 Nr. 2 e) des Decree gilt diese Befreiung nur, wenn sie weniger als 30 Tage lang und im Jahr nicht mehr als 90 Tage insgesamt in Vietnam arbeiten. Diese Regelung betrifft ferner „Manager“ im Sinne des Enterprise Law, beispielsweise Inhaber einer Ein-Personen-Limited Liability Company oder die Mitglieder des Vorstandes (Board of Directors) einer Aktiengesellschaft; außerdem Lehrer an Auslandsschulen in öffentlicher Trägerschaft in Vietnam und Dozenten und Forscher, die für einen Zeitraum von bis zu 30 Tagen an vietnamesischen Universitäten und beruflichen Bildungseinrichtungen tätig sind. Keine Arbeitsgenehmigung ist erforderlich bei firmeninternen Entsendungen nach Vietnam (vietnamesische Tochtergesellschaft) in einer von elf festgelegten Dienstleistungsbranchen wie Beratungs- und Finanzdienstleistung, Bauwirtschaft, Transport und Logistik, Tourismus, Kultur und Bildung. Allerdings muss der Arbeitgeber eine Bescheinigung der Freistellung beim Department of Labor, War Invalids and Social Affairs beantragen (Art. 8 des Decree).

Arbeitgeber in Vietnam sind verpflichtet, die im Betrieb erforderlichen ausländischen Arbeitnehmer für Positionen, deren Anforderungen vietnamesische Arbeitnehmer nicht erfüllen, zu ermitteln und dem Präsidenten des lokalen Volkskomitees (provincial People's Committee) einen Bericht über die entsprechenden beabsichtigten Positionen zur Genehmigung vorzulegen (Art. 4 des Decree). Die Voraussetzungen, unter denen der Präsident den ausländischen Arbeitnehmerpool genehmigen muss, sind nicht näher bestimmt.

Die Gültigkeit der Arbeitserlaubnis beträgt in der Regel höchstens zwei Jahre. Nach Art. 11 des Decree beträgt die Gültigkeitsdauer grundsätzlich zwei Jahre, kann sich aber beispielsweise auch nach der Dauer des abzuschließenden Arbeitsvertrages oder anderer aufgeführter Dokumente bestimmen, solange diese unter zwei Jahre beträgt.

Das Decree No. 11/2016/ND-CP wird ergänzt durch „Circular No. 35/2016/TT-BCT on identification of foreign workers who are eligible for work permit exemption and internally reassigned by enterprises operating within eleven service sectors specified in Vietnam's WTO commitments on services“.

Durch „Decree No. 140/2018/ND-CP vom 8.10.2018 on amendments to Decrees related to business conditions and administrative procedures under the management of the Ministry of Labor, War Invalids and Social Affairs“ ergaben sich geringfügige Änderungen und Ergänzungen des Decree No. 11/2016/ND-CP (z.B. in Art. 4, 7 und 8 des Decree No. 11/2016/ND-CP), das jedoch weiterhin Anwendung findet. Insbesondere benötigen nunmehr auch Ausländer, die für den Aufbau einer Geschäftspräsenz in Vietnam verantwortlich sind, gemäß einer entsprechenden Ergänzung des Art. 7 keine Arbeitserlaubnis. Ferner wurden einige bürokratische Erfordernisse geändert.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Anerkennung von Berufsabschlüssen in Vietnam

**Im Bereich von Berufs- und Hochschulabschlüssen bestehen in Vietnam bislang keine einheitlichen Vorgaben zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse.**

- ▶ [Nachweis beruflicher Qualifikation](#)
- ▶ [Registrierung und Anmeldung](#)

### Nachweis beruflicher Qualifikation

Etwas anderes gilt im ASEAN-Staatenverbund, dem auch Vietnam angehört. Innerhalb dieses Verbundes laufen Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen. Diese Vereinbarungen aber sind auf deutsche Arbeitnehmer und Unternehmen nicht übertragbar.

Ausländische Dienstleister, insbesondere im Bereich Bauleistungen (Architektur, Design, Engineering, Projektüberwachung) müssen vor einem Tätigwerden in Vietnam regelmäßig nachweisen, dass sie in ihrem Heimatland eine entsprechende berufliche Qualifikation und praktische Erfahrungen erworben haben. Dieser Nachweis kann durch ein sogenanntes „Construction Practice Certificate“ (Art. 148 Abs. 3, 149 Construction Law 2014) erbracht werden, das unter anderem bei den zuständigen Baubehörden auf Provinzebene beantragt werden kann. Weitergehende Regelungen zum Practice Certificate von Ingenieuren, Architekten sowie in den Bereichen Bauüberwachung und Projektmanagement finden sich im Decree 59/2015/ND-CP on Construction Project Management.

Auch andere, nicht baubezogene Dienstleister (Ärzte, Anwälte etc.) benötigen die Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikationen. Einzelheiten sind für jede Berufsgruppe gesondert geregelt.

### Registrierung und Anmeldung

Einheitliche Regelungen hinsichtlich der Zulassung ausländischer Dienstleister liegen bislang nicht vor. Vielmehr folgt eine Registrierungs- und gegebenenfalls Lizenzierungspflicht aus Sonderregelungen für die jeweiligen Berufsgruppen.

So benötigen in der Baubranche tätige ausländische Dienstleister (Ingenieure, Architekten, Bauunternehmen und Projektleiter) eine Foreign Contractor Licence bzw. Construction (Operating) License (gemäß den Vorgaben von „Circular No. 14/2016/TT-BXD Guiding the Issuance of Construction Licenses and the Management of Foreign Construction Contractors in Vietnam“, in Kraft getreten am 15.8.2016), deren Erteilungsvoraussetzungen in Art. 71 des „Decree No.

59/2015/ND-CP on Construction Project Management“ geregelt sind (Art. 3 Circular No. 14/2016/TT-BXD). Die Lizenz ist in der Regel beim Ministry of Construction zu beantragen. Das ausländische Unternehmen hat unter anderem Nachweise über den in Vietnam erteilten (öffentlichen) Auftrag, seine Registrierung im Heimatland und bereits durchgeführte Projekte zu erbringen sowie gegebenenfalls den Jahresabschluss der zurückliegenden drei Jahre vorzulegen. Sämtliche Unterlagen sind in notariell beglaubigter vietnamesischer Übersetzung beizubringen. Nach Erteilung der Construction Licence muss ein Projektbüro (executive office) am Projektstandort errichtet werden (Art. 9 Circular No. 14/2016/TT-BXD).

Ausländische Ärzte, die in privaten Gesundheitsreinrichtungen tätig werden, benötigen eine Zulassung seitens des Gesundheitsministeriums.

Ausländische Anwälte können nach Erteilung eines Foreign Lawyers Certificate durch das Department of Judicial Support des Justizministeriums in Vietnam praktizieren. Allerdings ist eine Beratung im vietnamesischen Recht grundsätzlich nicht erlaubt (Art. 76 Law on Lawyers). Ausländische Kanzleien können jedoch vietnamesische Mitarbeiter einstellen, die die Vertretung von Mandanten bei Gerichten und Behörden übernehmen. Eine Überprüfung der Fachkunde erfolgt in praktischer Hinsicht nicht. Vor Gericht aufzutreten ist ausländischen Anwälten nicht gestattet.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Mindestlöhne in Vietnam

**Im Januar 2019 fand durch Decree No. 157/2018/ND-CP vom 16. November 2018 eine Erhöhung des Mindestlohns statt. Es gelten vier regional unterschiedliche Mindestlöhne.**

In Ho Chi Minh City und Hanoi beträgt der Mindestlohn seitdem 4,18 Millionen Dong (ca. 162 Euro) pro Monat, für weniger entwickelte Städte und Regionen wurde in Region 2 (beispielsweise die Umgebung der industriellen Ballungszentren) eine Lohnuntergrenze von 3,71 Millionen Dong (ca. 144 Euro), in Region 3 von 3,25 Millionen Dong (ca. 126 Euro) sowie für die wirtschaftlich schwächsten Orte eine Untergrenze von 2,92 Millionen Dong (ca. 113 Euro) festgesetzt.

Der Lohn von Facharbeitern soll die jeweiligen regionalen Mindestlöhne um mindestens 7 Prozent übersteigen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie in der GTAI-Publikation "Lohn- und Lohnnebenkosten – Vietnam", die auch Informationen zum vietnamesischen Arbeitsrecht enthält.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Arbeitsschutz in Vietnam

**Grundlage des vietnamesischen Arbeitsschutzrechts ist der Labor Code (insbesondere Kapitel IX), die Umsetzung erfolgt durch eine Vielfalt an Umsetzungsrichtlinien und Dekreten.**

Der überarbeitete Labor Code, der das Gesetz aus dem Jahr 2012 ersetzt, wurde am 20. November 2019 verabschiedet und wird am 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Der Arbeitgeber muss nach Art. 138 Labor Code gewährleisten, dass Arbeits- und Sicherheitsstandards eingehalten werden und muss sowohl Management als auch die Arbeitnehmer seines Unternehmens in der Einhaltung dieser Sicherheitsstandards schulen (Art. 150 Labor Code). Sind Arbeitnehmer besonderen Gefahren ausgesetzt (Lärm, Hitze, gefährliche Substanzen oder gefahrträchtige Maschinen und Materialien) ist entsprechende Sicherheitskleidung zur Verfügung zu stellen (Art. 149 Labor Code) und Sonderschulungen durchzuführen.

Seit 2015 existiert zudem das Law on Occupational Safety and Health bzw. Hygiene (Law No. 84/2015/QH13, OSH Law), das am 1. Juli 2016 in Kraft trat. Nach Art. 18 OSH Law hat der Arbeitgeber gefährliche Faktoren am Arbeitsplatz zu überwachen, um entsprechende Arbeitsschutzmaßnahmen auszuarbeiten und die Gesundheit des Arbeitnehmers zu schützen.

Ein Überblick auch über die Vorgaben im Bereich Arbeitssicherheit findet sich in der Publikation „[Guide to Vietnamese Labor Law for the Garment Industry](#)“, herausgegeben durch die International Labour Organization (ILO) sowie die International Finance Corporation (IFC).

Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick

## Sozialversicherung in Vietnam

**Das Sozialversicherungsregime Vietnams richtet sich nach dem am 1. Januar 2016 in Kraft getretenen Law on Social Insurance (Law No. 58/2014/QH13).**

Das reformierte Gesetz bezieht ab dem 1. Januar 2018 ausländische Arbeitnehmer in seinen Anwendungsbereich ein.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen Beiträge zu den Sozialversicherungen, die der Arbeitgeber abführt. Von der Sozialversicherung umfasst sind die Bereiche Altersvorsorge, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Mutterschutz und Arbeitsunfallversicherung.

Mit Decree 143/2018/ND-CP des Ministry of Labour, Invalids and Social Affairs wurden Sozialversicherungsbeiträge aller in Vietnam mit einer Arbeitserlaubnis tätigen Ausländer ab dem 1. Dezember 2018 verpflichtend. Von der vietnamesischen Sozialversicherungspflicht ausgenommen sind bestimmte ausländische Arbeitnehmer, die innerhalb eines Unternehmens nach Vietnam aus dem Ausland entsandt werden.

Seit dem 1. Dezember 2018 zahlen ausländische Arbeitnehmer noch keine Beiträge zum Sozialversicherungsfond und der Arbeitgeberbeitrag beträgt 3,5 Prozent. Ab 1. Januar 2022 sollen auch ausländische Arbeitnehmer 8 Prozent Sozialversicherungsbeitrag zahlen, während der Arbeitgeber 17,5 Prozent leistet.

Das Gewerkschaftsgesetz (Law on Trade Union) von 2013 legt in Art. 26 für alle sozialversicherungspflichtigen Unternehmen und Organisationen zudem eine Abgabe von 2,0 Prozent der gezahlten Bruttolöhne an den Gewerkschaftsfonds (Trade Union fund) fest. Dies gilt unabhängig davon, ob im Unternehmen eine Gewerkschaftsvertretung existiert oder nicht. Der Arbeitnehmer leistet nur als Gewerkschaftsmitglied einen Beitrag von 1 Prozent.

Die Gesamtsozialversicherungsabgaben nach dem Social Insurance Law betragen insgesamt 34 (bzw. 35) Prozent des Bruttolohnes. Obergrenze der Beitragsbemessung ist der 20-fache monatliche Basislohn, das heißt die Mindestvergütung für öffentliche Angestellte (staatlicher Mindestlohn). Seit 1. Juli 2019 liegt diese Beitragsbemessungsgrenze für den Sozialversicherungsbeitrag bei 29,8 Millionen Dong (ca. 1.295 US-Dollar) im Monat (Decree 38/2019/ND-CP). Der monatliche Basislohn beträgt 1,49 Millionen Dong (Art. 3 des Decree 38/2019/ND-CP).

Die Arbeitslosenversicherung ist in Art. 41 ff. des am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Law No. 38/2013/QH3 on Employment geregelt. Bei der Arbeitslosenversicherung liegt die Beitragsbemessungsgrenze beim 20-fachen des jeweils gültigen regionalen Mindestlohns (Art. 58 Law on Employment).

Die Sozialleistungen für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Mutterschutz sind vom Arbeitgeber zu erbringen und in dessen Beitrag von 17,5 Prozent enthalten.

Beiträge zur Krankenversicherung sind auch für nicht-vietnamesische Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag von über drei Monaten zu denselben Prozentsätzen bis zur Beitragsbemessungsgrenze – dem 20-fachen des staatlichen Mindestlohns – verpflichtend.

Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitsunfall- und Berufskrankheitsversicherung sind im am 1. Juli 2016 in Kraft getretenen Law on Occupational Safety and Hygiene enthalten; nach Art. 44 dieses Gesetzes beträgt der monatliche Arbeitgeberbeitrag maximal 1 Prozent.

Sozialbeiträge:

Versicherung	Arbeitgeberbeitrag	Arbeitnehmerbeitrag
Sozialversicherungsbeitrag	17,5%	8%
Krankenversicherung	3%	1,5%

Arbeitsunfall- und Berufskrankheitsversicherung (Occupational Accident and Disease Insurance Fund)	1%	-
Arbeitslosenversicherung	1%	1%
Gewerkschaftsfonds	2%	1% für Gewerkschaftsmitglieder

Quelle: GTAI-Recherche

Der Anteil der vom Sozialversicherungssystem erfassten Arbeitnehmer ist klein.

Auch ist es durchaus nicht ungewöhnlich, dass Arbeitgeber ihrer Pflicht zur Abführung fälliger Sozialbeiträge nur unzuverlässig nachkommen. Investoren, die ein lokales Unternehmen übernehmen wollen, sollten im Rahmen der Due Dilligence die Sozialversicherungsbuchführung genau prüfen, um später nicht mit ausstehenden Forderungen konfrontiert zu werden.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Vertragsrecht in Vietnam

**Wesentliche Rechtsgrundlagen zu Kauf- und Dienst-/Werkverträgen finden sich im Zivil- (Civil Code) und Handelsgesetzbuch (Commercial Law: Law 36/2005/QH11) kodifiziert.**

- ▶ [Vertragsart und Rechtsgrundlagen](#)
- ▶ [Anwendbares Recht / Rechtswahl- und Gerichtsstandsklausel](#)
- ▶ [Exkurs: UN-Kaufrecht](#)

### Vertragsart und Rechtsgrundlagen

Der Civil Code aus dem Jahr 2005 wurde 2015 überarbeitet, die reformierte Fassung (Law 91/2015/QH13) trat am 1. Januar 2017 in Kraft.

Das Commercial Law sieht in den Art. 74 ff. grundlegende Regelungen eines Dienstleistungsvertrags vor. Hinsichtlich der Pflichten, die ein Dienstleistungserbringer zu erfüllen hat, unterscheidet das Commercial Law zwischen Aufgaben, die das Erreichen eines vereinbarten Ziels zum Inhalt haben (Art. 79 Commercial Law; vergleichbar dem Werkvertrag des deutschen Rechts) sowie Aufgaben, die die Vornahme einer Handlung beinhalten (Art. 80 Commercial Law; vergleichbar dem deutschen Dienstvertrag). Dem deutschen Werklieferungsvertrag entspricht im weitesten Sinne der in den Art. 128 Commercial Law sowie Art. 542 ff. Civil Code geregelte Processing Contract, wonach der Besteller zur Lieferung des Materials und der Dienstleister zur Herstellung und Lieferung der bestellten Ware verpflichtet ist. Regelungen zum Dienstleistungsvertrag finden sich in Art. 513 ff. Civil Code.

Sonderregelungen trifft das Commercial Law für die Bereiche Verkaufsförderung und die Tätigkeiten von Werbeagenturen, Messeveranstaltern, Handelsvertretungen und Handelsmaklern, Logistikdienstleistungen, Prüfungs- und Inspektionsdienstleistungen, Leasing und Franchising.

Dienstleistungsverträge können, soweit gesetzlich keine anderweitigen Regelungen getroffen wurden (wie dies bei den aufgezählten gesondert geregelten Vertragsformen der Fall ist) grundsätzlich mündlich geschlossen werden (Art. 74 Commercial Law). Allerdings empfiehlt sich bereits aus Beweisgründen die Schriftform.

Dienstleistungen im Bereich Hoch-/Tiefbau unterliegen auch in Bezug auf die Vertragsgestaltung den Sonderregelungen des am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Construction Law (Art. 138 ff.). Der Anwendungsbereich des Construction Laws

ist denkbar weit gezogen. Baubezogene Dienstleistungen umfassen neben der Errichtung auch sämtliche Tätigkeiten aus dem Bereich Beratung, Planung, Design und Projektmanagement. Ausländische Bauunternehmen verwenden in der Regel internationale Vertragsmuster, beispielsweise der FIDIC (Fédération Internationale des Ingénieurs Conseils / International Federation of Consulting Engineers). Dies ändert nichts daran, dass baubezogene Verträge den Vorgaben des vietnamesischen Rechts unterliegen.

## Anwendbares Recht / Rechtswahl- und Gerichtsstandsklausel

In Verträgen mit vietnamesischen Parteien kann das anwendbare Recht durchaus frei vereinbart werden. Die Rechtswahl ist hingegen ausgeschlossen, wenn der Vertrag in Vietnam geschlossen und ausschließlich in Vietnam zu erfüllen ist. Zudem sind Verträge in Bezug auf Immobilienrechte einer Rechtswahl verschlossen. Auch Verträge im Bereich Construction unterliegen grundsätzlich vietnamesischem Recht (Art. 138 Abs. 5 Construction Law).

Die Frage der Rechtswahl ist im engen Zusammenhang mit der Wahl des (vorzugsweisen) Schiedsgerichtsstands sowie dem Ort, an dem eine Forderung gegebenenfalls durchgesetzt werden soll, zu sehen. So unterliegt die Anwendbarkeit ausländischen Rechts dem Vorbehalt, dass es nicht gegen grundlegende Prinzipien des vietnamesischen Rechts verstößt. Die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein solcher Verstoß vorliegt, ist bislang durch die Gerichte nicht abschließend geklärt. Allerdings sind vietnamesische Gerichte - so die Erfahrung im Rahmen der Anerkennung ausländischer Schiedsentscheidungen - durchaus geneigt, einen Verstoß gegen grundlegende Prinzipien bereits auch bei Nichtvereinbarkeit des ausländischen mit dem vietnamesischen Recht anzunehmen.

Grundsätzlich sollte dann, wenn absehbar vietnamesische Gerichte zur Entscheidung berufen sind (dies kann beispielsweise bei Vergaben seitens der öffentlichen Hand oder Verträgen mit staatseigenen Unternehmen der Fall sein), der Vertrag vietnamesischem Recht unterstellt werden; bislang hat die vietnamesische Justiz wenig Erfahrung in der Anwendung fremder Rechtsordnungen.

## Exkurs: UN-Kaufrecht

Das UN-Kaufrecht (United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG)) ist am 1. Januar 2017 für Vietnam in Kraft getreten. Im Rahmen der Beitrittserklärung gab Vietnam bekannt, dass es in Einklang mit den Artikeln 12 und 96 der CIGS zu deren Anwendung ein Kaufvertrag grundsätzlich der Schriftform bedarf.

Vertiefende Informationen zum UN-Kaufrecht sind der GTAI-Publikation "[25 Jahre UN-Kaufrecht in Deutschland](#)" zu entnehmen.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Gewährleistungsrecht in Vietnam

**Regelungen zur Gewährleistung sind im Zivil- (Civil Code: Law 91/2015/QH13, in der Fassung vom 1. Januar 2017) und Handelsgesetzbuch (Commercial Law: Law 36/2005/QH11) kodifiziert.**

Grundlegende Regelungen zur Gewährleistung bei Dienstleistungen finden sich in den Art. 358 und 359 Civil Code sowie in Art. 516 Civil Code. Danach ist der Dienstleistungsempfänger bei Schlechtleistung berechtigt, die Leistung abzulehnen und Schadenersatz zu verlangen.

Ergänzende Informationen zum Gewährleistungsrecht in Vietnam finden Sie im „[Länderbericht Vietnam](#)“ aus der GTAI-Reihe "Recht kompakt".

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Verjährungsregeln in Vietnam



**Für die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen gilt eine Ausschlussfrist von zwei Jahren vom Zeitpunkt der Rechtsverletzung, vgl. Art. 319 Commercial Law.**

Da bei Dienstleistungen die Verbindlichkeit - vorbehaltlich anderweitiger vertraglicher Regelung - mit Fertigstellung fällig wird (Art. 519 Abs. 3 Civil Code), muss innerhalb von zwei Jahren die Klage auf Zahlung erhoben werden.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Mögliche Sicherungsmittel in Vietnam

**Die Sicherstellung der Zahlung der erbrachten Dienstleistung ist höchst prioritär.**

Eine nachträgliche, gar gerichtliche Forderungsdurchsetzung, ist schwierig. Daher wird in der Regel eine Kombination aus Anzahlung und Letter of Credit (Akkreditiv) vereinbart.

Die Höhe der Anzahlung ist gesetzlich nicht festgelegt, sollte jedoch so hoch wie möglich gezogen werden.

Selbst der international als sicheres Zahlungsmittel anerkannte Letter of Credit (L/C) ist in Vietnam nicht uneingeschränkt empfehlenswert. Es bietet sich - je nach Verhandlungsposition - an, den vietnamesischen Vertragspartner zur Eröffnung des Letter of Credit bei einer renommierten, gegebenenfalls ausländisch investierten Bank zu verpflichten. Insbesondere kommt ein „bestätigter Letter of Credit“ in Betracht.

In der Praxis hat es sich bewährt, faktische Sicherungsmittel gegenüber rechtlichen Sicherungsmitteln zu bevorzugen. So bieten sich beispielsweise bei der Installation von Maschinen und Anlagen technische Sicherungen an, die den vollständigen Betrieb der Maschine erst nach Freischaltung und daher nach teilweiser oder vollständiger Zahlung des Kaufpreises ermöglichen.

Der Verkauf von Gütern unter Eigentumsvorbehalt ist gemäß Art. 453 Civil Code zwar rechtlich möglich, in der Praxis ist die Verwertung allerdings nur schwer umzusetzen.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Zahlungsunfähigkeit und Insolvenz vietnamesischer Unternehmen

**Das Verfahren im Falle der Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens richtet sich nach den Vorgaben des im Jahr 2015 in Kraft getretenen Insolvenzgesetz (Bankruptcy Law).**

- ▶ Allgemeines
- ▶ Insolvenzverfahren
- ▶ Forderungsanmeldung
- ▶ Durchsetzung von Forderungen/Rechtsverfolgung

### Allgemeines

Das reformierte Insolvenzgesetz, das das aus dem Jahr 2005 stammende Gesetz ersetzte, nimmt sich der Problematik der Überlastung der als Insolvenzgerichte zuständigen Gerichte auf Provinzebene an, indem es nunmehr die unterhalb der Provinzgerichte angesiedelten Distriktgerichte (District People´s Courts) als Insolvenzgerichte benennt (Art. 8 Abs. 2 Bankruptcy Law).

Die Schließung eines Unternehmens ist selbst für den Fall, dass keine Insolvenz vorliegt, nur mit Schwierigkeiten zu bewerkstelligen. Häufig werden bei Abmeldung eines Unternehmens Behörden, insbesondere die Steuerbehörden, aktiv und fordern detaillierte Abrechnungen für die Laufzeit des Unternehmens an. Es ist daher nicht unüblich, in Übereinkunft mit den Behörden ein Unternehmen nicht komplett aufzulösen, sondern steuerlich und behördentechnisch ruhend zu stellen.

Das am 1. Juli 2015 in Kraft getretene Law on Enterprises soll hier Abhilfe schaffen und die freiwillige Auflösung eines Unternehmens erleichtern.

## Insolvenzverfahren

Das Insolvenzverfahren wird gemäß Art. 5 und Art. 26ff. Bankruptcy Law eröffnet durch Antrag unter anderem eines Gläubigers, eines Angestellten oder aber des betreffenden Unternehmens selbst. Angestellte und Unternehmensgläubiger müssen nachweisen können, dass das betreffende Unternehmen ausstehende Forderungen seit mehr als drei Monaten nicht beglichen hat. Das Gericht gibt dem Antrag auf Einleitung des Insolvenzverfahrens statt, wenn Verhandlungen zwischen Antragsteller und Unternehmen nicht zu einer für die Beteiligten zufriedenstellenden Lösung führen.

## Forderungsanmeldung

Das Insolvenzgericht eröffnet das Insolvenzverfahren, indem es einen Insolvenzverwalter ernennt. Dieser nimmt innerhalb von 30 Tagen ab Insolvenzeröffnung die Anmeldungen der Forderungen entgegen und beruft anschließend die Gläubigerversammlung ein. Nehmen hieran genügend Gläubiger teil (mehr als 51 Prozent der ungesicherten Forderungen sind vertreten, Art. 79 Abs. 1 Bankruptcy Law), kann die Versammlung einen Sanierungsplan erstellen, welcher vom Gericht zu genehmigen ist. Kommen die Gläubiger zu keiner Entscheidung oder finden sich zu wenig Gläubiger ein, erklärt das Gericht den Schuldner für insolvent und ordnet die Verwertung der Insolvenzmasse und Verteilung unter den ungesicherten Gläubigern an. Aus der Masse sind gemäß Art. 101 Bankruptcy Law zunächst die Verfahrenskosten zu begleichen, anschließend die Gehälter zu zahlen, dann die Fälligkeiten, die nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens angefallen sind. In einem letzten Schritt sind die an den Staat geschuldeten Verbindlichkeiten sowie die Masseschuld auszuzahlen.

## Durchsetzung von Forderungen/Rechtsverfolgung

Die Rechtsverfolgung gestaltet sich in Vietnam als nicht immer einfach. Auch wenn die Qualität der Gerichte insbesondere in Hanoi und Ho Chi Minh City sich langsam, aber stetig verbessert, leidet die vietnamesische Justiz nach wie vor an den klassischen Problemen von Schwellenländern, wie einer nicht hinreichenden Richterausbildung, Beeinflussbarkeit der Justiz und Einflussnahme politischer Entscheidungsträger. Dies gilt insbesondere auf Ebene der Eingangsinstanz.

Daher sollte bereits bei der Vertragsgestaltung ein wesentliches Augenmerk auf die Vermeidung juristischer Auseinandersetzungen (wie beispielsweise durch eine hinreichende Zahlungs- und Forderungssicherung) gelegt werden.

Die Vereinbarung eines deutschen Gerichtsstands ist generell zu vermeiden. Zwar besteht nach den Vorgaben der vietnamesischen Zivilprozessordnung (Art. 423) theoretisch die Möglichkeit der Vollstreckung ausländischer Gerichtsentscheidungen; praktisch sind diese aber in Vietnam nicht durchsetzbar.

Sinnvoller ist hingegen die vertragliche Festlegung einer vietnamesischen oder internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als Streitschlichtungsinstanz. Vietnam ist seit dem 12. September 1995 Mitglied des New Yorker Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche. Danach ist die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche möglich, soweit der Schiedsgerichtsort in einem Vertragsstaat des Abkommens liegt. Die Parteien eines Schiedsverfahrens sind verpflichtet, dem Schiedsspruch innerhalb der vom Schiedsgericht gesetzten Frist Folge zu leisten. Da sowohl Deutschland als auch Vietnam Mitglieder des New Yorker Übereinkommens sind, ist die Vollstreckung theoretisch unproblematisch. So dürfen vietnamesische Gerichte die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedsurteile nur aufgrund der Gründe des Art. V New Yorker Übereinkommen verweigern. Ein Grund der Verweigerung der Anerkennung ist danach ein Verstoß gegen den Ordre Public des vollstreckenden Staates.

Das vietnamesische Zivilprozessgesetz allerdings übersetzt den Begriff „Ordre Public“ mit der Begrifflichkeit „Grundprinzipien der vietnamesischen Gesetze“. Die Gerichte legen den Begriff „Grundprinzipien“ weit aus, bisweilen weiter als es Sinn und Zweck der Konvention entspricht. So kann in Einzelfällen bereits der Verstoß gegen vietnamesische Rechtsvorschriften als Verstoß gegen vietnamesische Grundprinzipien gewertet und aus diesem Grund die Anerkennung eines entsprechenden Schiedsspruchs verweigert werden.


**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Technische Normen in Vietnam

**Im Bereich der technischen Normen findet das Law on Standards and Technical Regulations aus dem Jahr 2006 Anwendung.**


Nach dem Gesetz unterscheidet Vietnam zwischen den verpflichtend anzuwendenden nationalen und lokalen Technical Rules und grundsätzlich freiwillig anzuwendenden nationalen oder berufsstandsspezifischen Standards.

Vietnam verfügte 2018 über mehr als 9.500 nationale Standards, die zu rund 47 Prozent internationalen Vorgaben entsprachen.

Das dem Ministry of Science and Technology zugeordnete Directorate for Standards, Metrology and Quality (STAMEQ) ist die wesentliche Behörde im Bereich von Normen und Standards (<http://www.tcvn.gov.vn/> ). Das STAMEQ ist insbesondere für die Vorbereitung und Ausarbeitung nationaler Standards zuständig. Hierbei ist das STAMEQ mittlerweile Mitglied von einigen internationalen und regionalen Standardisierungsorganisationen.

Das System der Standards und technischen Regulierungen ist unübersichtlich; eine zentrale Möglichkeit, aktuelle Normen und Standards abzurufen, existiert nicht. Auf der Website des STAMEQ ist eine einfache Suche nach anwendbaren Standards und Normen möglich.

Europäische Unternehmen arbeiten in der Regel ohnehin mit den hauseigenen Standards, die in der Regel die Anforderungen rein vietnamesischer Standards übertreffen.

Die Überprüfung und Einhaltung technischer Normen kann durch vietnamesische und internationale Prüfungsinstitutionen vorgenommen werden. Der TÜV Rheinland (<https://www.tuv.com/vietnam/en/> ) ist mit einer Niederlassung in Ho Chi Minh City in Vietnam vertreten und verfügt über eine umfassende Akkreditierung zur Zertifizierung von Produkten und Dienstleistungen.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Dienstleistungserbringung in Vietnam und steuerrechtliche Fragen

**Bei der Erbringung von Dienstleistungen in Vietnam stellen sich unter anderem Fragen zum Doppelbesteuerungsabkommen und zur Betriebsstättenproblematik.**

- ▶ [Doppelbesteuerungsabkommen](#)
- ▶ [Besteuerung des Entsendeten](#)
- ▶ [Betriebsstättenproblematik](#)
- ▶ [Mehrwertsteuer](#)
- ▶ [Foreign Contractors Tax](#)

### Doppelbesteuerungsabkommen

Die Bundesrepublik Deutschland und die Sozialistische Republik Vietnam haben am 16. November 1995 ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA) geschlossen, das am 27. Dezember 1996 in Kraft getreten ist (Fundstellen: BGBl. II 1996, 2622; BGBl. I 1996, 1422).

### Besteuerung des Entsendeten

Nach den Vorgaben des deutsch-vietnamesischen DBA unterliegen in Deutschland ansässige, für einen Zeitraum von weniger als 183 Tage im Kalenderjahr entsendete Personen mit ihrem Einkommen der deutschen Besteuerung. Voraussetzung ist allerdings, dass das Gehalt vom deutschen Unternehmen getragen wird.

Überschreitet die Entsendungsdauer 183 Tage im Kalenderjahr oder wird das Gehalt von einer vietnamesischen Betriebsstätte oder einem vietnamesischen Tochterunternehmen gezahlt, unterliegen Einkünfte aus unselbständiger Arbeit hingegen der vietnamesischen Besteuerung.

Ein ausländischer Arbeitnehmer gilt als „resident“, wenn er sich mindestens 183 Tage in einem Zeitraum von zwölf aufeinanderfolgenden Monaten ab seinem Ankunftstag in Vietnam aufhält; sein erstes Steuerjahr bestimmt sich nach diesem Zeitraum, ab dem zweiten bildet das Kalenderjahr die Basis, wobei gegebenenfalls im zweiten Steuerjahr ein Abzug des doppelten Steuerbetrages erfolgt.

Die Steuersätze betragen:

Steuerstufe	Monatseinkommen (in Dong (VND))	Steuersatz
1	bis zu 5 Mio	5%
2	über 5 bis zu 10 Mio.	10%
3	über 10 bis zu 18 Mio.	15%
4	über 18 bis zu 32 Mio.	20%
5	über 32 bis zu 52 Mio.	25%
6	über 52 bis zu 80 Mio.	30%
7	über 80 Mio.	35%

Quelle: Art. 22 Law on Personal Income Tax (Law No. 04/2007/QH12).

Dem Steuerzahler steht ein monatlicher Steuerfreibetrag von 9 Millionen Dong, für jede von ihm abhängige Person noch einmal 3,6 Millionen Dong zu.

Zum einkommensteuerpflichtigen Einkommen zählen neben Löhnen und Gehältern auch Lohnnebenleistungen. Zinseinkommen (mit wenigen Ausnahmen) sowie Veräußerungsgewinne sind ebenfalls steuerpflichtiges Einkommen. Zudem sind unregelmäßige Einkommen wie Erbschaften, Lizenzeinkünfte und Erlöse aus Gewinnspielen steuerpflichtig, soweit die Einnahmen 10 Millionen Dong pro Ereignis überschreiten.

## Betriebsstättenproblematik

Nach den Vorgaben des deutsch-vietnamesischen Doppelbesteuerungsabkommens sind deutsche, in Vietnam tätige Unternehmen nur dann körperschaftsteuerpflichtig, wenn sie in Vietnam eine Betriebsstätte gemäß Art. 5 DBA unterhalten. Eine Betriebsstätte liegt vor, wenn das deutsche Unternehmen in Vietnam eine Geschäftsstelle (beispielsweise ein Projektbüro) oder eine Zweigniederlassung betreibt oder wenn Montagen oder Bauausführungen sich über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten erstrecken.

## Mehrwertsteuer

Der Mehrwertsteuer (Value Added Tax, VAT) unterliegen grundsätzlich sämtliche in Vietnam hergestellten Waren und erbrachten Dienstleistungen. Der Steuertarif beträgt - abhängig von der Waren- und Dienstleistungskategorie - entweder 0 Prozent, 5 Prozent, oder dem Standardsatz von 10 Prozent.

## Foreign Contractors Tax

Ausländische Unternehmen, die im Land nicht über eine Niederlassung oder Betriebsstätte verfügen und nur im Rahmen befristeter Projekte tätig werden, unterliegen nach den Vorgaben des deutsch-vietnamesischen Doppelbesteuerungsabkommens grundsätzlich keiner Körperschaftsteuer. Um diese Befreiung allerdings in Anspruch nehmen zu können, ist bei den Steuerbehörden ein Antrag auf Befreiung nach den Vorgaben des Doppelbesteuerungsabkommens einzureichen. Zudem bleibt die Erbringung von Dienstleistungen in Vietnam mehrwertsteuerpflichtig. Daher optieren nur kurzfristig in Vietnam aktive Unternehmen regelmäßig für die Zahlung der sogenannten Foreign Contractors Tax. Die Foreign Contractors Tax kann auf verschiedene Art und Weise ermittelt und abgeführt werden. Gerade in Bezug auf kurzfristige Engagements von unter sechs Monaten bevorzugen Unternehmen in der Regel die Foreign Contractors Tax in Form der Quellensteuer. Danach behält der vietnamesische Vertragspartner regelmäßig 5 Prozent des Vertragswertes ein und führt diese an den Fiskus ab. Durch diese Zahlung erfüllen ausländische Unternehmen sowohl ihre körperschaftsteuerlichen als auch mehrwertsteuerlichen Pflichten, ohne sich in Vietnam steuerlich registrieren lassen zu müssen.

Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick






## Weitere Informationen über Vietnam/Kontaktadressen

Im Folgenden finden Sie ausgewählte Adressen hinsichtlich Förderinformationen und weiteren Fragen bezüglich Vietnam.

### Förderinformationen/Messeprogramme/BMWi-Markterschließungsprogramm

Bezeichnung	Internetadresse
Institutionen der Außenwirtschaftsförderung, abrufbar auf der BMWi-Webseite	<a href="https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/aussenwirtschaftsfoerderung.html">https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/aussenwirtschaftsfoerderung.html</a> 
Förderinfo-Bund, Förderberatung des Bundes - Forschung und Innovation	<a href="http://www.foerderinfo.bund.de/">http://www.foerderinfo.bund.de/</a> 
Auslandsmesseprogramm des Bundes	<a href="https://www.auma.de/de/ausstellen/foerderungen/foerderungen-im-ausland">https://www.auma.de/de/ausstellen/foerderungen/foerderungen-im-ausland</a> 
Förderdatenbank - Förderprogramme und Finanzhilfen des Bundes, der Länder und der EU	<a href="http://www.foerderdatenbank.de/">http://www.foerderdatenbank.de/</a> 
BMWi-Markterschließungsprogramm	<a href="https://www.ixpos.de/IXPOS18/Navigation/DE/Home/Auslandsmaerkte/Bmwi-markterschliessungsprogramm.html">https://www.ixpos.de/IXPOS18/Navigation/DE/Home/Auslandsmaerkte/Bmwi-markterschliessungsprogramm.html</a> 

## Kontaktadressen

Bezeichnung	Internetadresse
Germany Trade & Invest (Länderseite Vietnam)	<a href="http://www.gtai.de/vietnam">www.gtai.de/vietnam</a>
Germany Trade & Invest (Bereich Zoll)	<a href="http://www.gtai.de/zoll">www.gtai.de/zoll</a>
Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Vietnam	<a href="http://www.vietnam.ahk.de/">www.vietnam.ahk.de/</a> 
IHK zu Köln (Schwerpunktkammer Vietnam)	<a href="https://www.ihk-koeln.de/Vietnam__Basisinformationen.AxCMS">https://www.ihk-koeln.de/Vietnam__Basisinformationen.AxCMS</a>  _
IHK Pfalz/Ludwigshafen (Kompetenzzentrum Vietnam)	<a href="http://www.pfalz.ihk24.de/international/Kompetenzzentrum_Vietnam/">http://www.pfalz.ihk24.de/international/Kompetenzzentrum_Vietnam/</a> 
iXPOS (Außenwirtschaftsportal des Bundes)	<a href="http://www.ixpos.de">www.ixpos.de</a> 
iXPOS (Außenwirtschaftsportal des Bundes, Finanzieren und Absichern)	<a href="https://www.ixpos.de/IXPOS18/Navigation/DE/Home/Exportgeschaefte/Finanzieren-absichern.html">https://www.ixpos.de/IXPOS18/Navigation/DE/Home/Exportgeschaefte/Finanzieren-absichern.html</a>  _

Weitere Länderberichte aus der Reihe „Dienstleistungen erbringen in...“ sind unter [www.gtai.de/dienstleistungsrecht](http://www.gtai.de/dienstleistungsrecht) abrufbar.

**Von Julia Merle, Robert Herzner, Frauke Schmitz-Bauerdick**

## Kontakt

Delia Leitner

Rechtsexpertin

 +49 228 24 993 415

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.